

Der abgebrochene Vereinigungsboom

Kurz nach der Wende brummte die Wirtschaft in Deutschland. Dann war Schluss. Doch niemand redet über die Gründe, obwohl viel daraus zu lernen wäre.



ALBRECHT MÜLLER

BLICKT HINTER DIE KULISSEN
DER ÖFFENTLICHEN MEINUNGSBILDUNG

■ Irgend etwas ist falsch gelaufen mit der deutschen Vereinigung. Mit einem Betrag von über 750 Milliarden Euro – vorsichtig gerechnet – hat ein gewaltiger Transfer von finanziellen Mitteln von West nach Ost stattgefunden. Und heute muss man feststellen: Zumindest die wirtschaftliche Blüte des Ostens haben diese Zahlungen nicht gebracht. Die Prozedur der ökonomischen Vereinigung war nicht gut angelegt, nicht gut geplant und schon gar nicht gut umgesetzt.

Heute wird wieder einmal eifrig diskutiert, wie man die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Osten überwinden kann. Vorschläge werden gemacht: „Sonderwirtschaftszone Ost“, statt Förderung der Infrastruktur in der Breite; Konzentration auf regionale Schwerpunkte, auf so genannte Wachstumskerne, Cluster; „direktere Unternehmensförderung durch unternehmensbezogene wachstumsrelevante Investitionen“ – das ist nicht meine Formulierung, sie stammt von Klaus von Dohnanyi und Edgar Most, Beratern der Bundesregierung für den Osten, wie manche sie nennen.

Der Aufbau eines Niedriglohnssektors mit Lohnkostenzuschüssen oder einer so genannten Negativ-Steuer soll wohlwollend geprüft werden, genauso wie Steuerpräferenzen ostdeutscher Standorte bei der Einkommens-, Körperschafts-, und Umsatzsteuer – so ähnlich wie es in Ungarn, in Irland, in der Slowakei und in Großbritannien möglich ist.

Das waren nur einige der heute zur Debatte stehenden Vorschläge. Ich will nicht gegen den Versuch polemisieren, eine intelligentere Struktur- und Industriepolitik in den neuen Bundesländern zu betreiben, obwohl wirklich Kritisches anzumerken wäre.

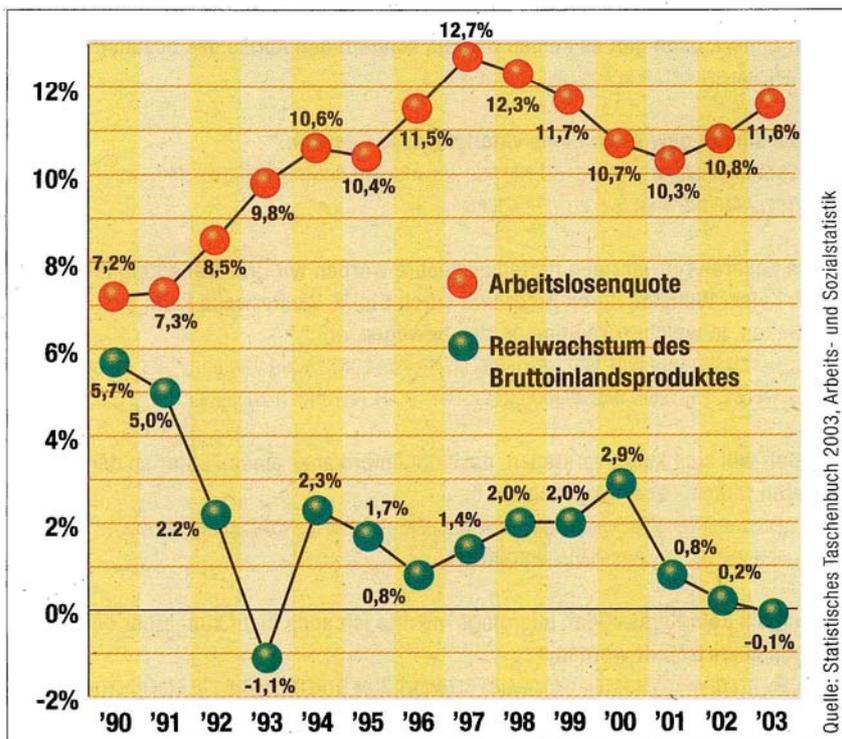
Ich frage stattdessen, warum die wieder angelaufene Diskussion den nahe liegenden Lösungsversuch einfach übergeht, obwohl wir durch eine parallel laufende öffentliche Debatte in den letzten Wochen täglich mit der Nase auf eine Institution gestoßen wurden, die einer der Hauptverantwortlichen für die wirtschaftliche Krise ist: die Deutsche Bundesbank. Sie ist maßgeblich Schuld daran, dass Anfang der 90er-Jahre der gerade begonnene Wirtschaftsaufschwung im Osten wie im Westen abgebrochen worden ist: Statt uns weiterhin über des ehemaligen Bundesbankpräsidenten Welteke Mitnehmerqualitäten bei Dresdner Bank und BMW aufzuregen, sollten wir uns mit der Hochzinspolitik der Deutschen Bundesbank in jenen entscheidenden Jahren beschäftigen. Die Bundesbank erhöhte den Diskontsatz von 2,9 Prozent im Jahr 1988 auf über 8 Prozent 1992. Dies zusammen mit der Politik der Re-

gierung Kohl hat den Vereinigungsboom abgewürgt und uns und unsere Volkswirtschaft um vieles mehr gekostet als die dreisten Reisevergnügen des Bundesbankpräsidenten.

Die deutsche Vereinigung war zunächst begleitet von einem enorm hohen realen Wachstum. 1990 blieben nach Abzug der Preissteigerungen 5,7 Prozent, 1991 noch einmal 5 Prozent. Dann ging es abwärts in den Keller mit -1,1 Prozent 1993 und erholte sich seitdem nicht wirklich nachhaltig.

So schwer es ist, sich Ziffern zu merken, Sie sollten sich die Zahlenreihe der sinkenden, schwachen Wachstumsraten anschauen. Dahinter stecken Wachstumsverluste von jährlich zirka 150 Milliarden Euro. Damit hätte man die jährlichen Kosten der deutschen Vereinigung locker bezahlen können. Die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe des Westens sackte von 89,4 Prozent im Jahre 1990 auf 82,5 Prozent in 1996 und 82,4 Prozent im September 2003 ab. Im Osten lag sie im gleichen Zeitraum zwischen 72 und 83 Prozent, also noch tiefer als im Westen. Die Arbeitslosigkeit stieg, die Schulden stiegen und auch die Beitragssätze der sozialen Sicherungssysteme – von 35,5 Prozent 1990 auf 42 Prozent 1998.

Absturz: Nach 1990/91 brach das BIP ein. Es hat sich bis heute nicht richtig erholt. Die Folge: mehr Arbeitslose.



Verantwortlichen Politikern hätte schon 1990 klar sein müssen: Erstens dass wir die Kosten der deutschen Vereinigung nur dann gut tragen können, wenn wir unsere Volkswirtschaft auf „Vollast fahren“. Und zweitens, dass die von großen Umstellungsschwierigkeiten belastete Industrie Ostdeutschlands nur beschäftigt und/oder durch neue Industrien ersetzt werden kann, wenn es in der deutschen Volkswirtschaft insgesamt wirklich „brummt“.

Diesen Mitzieh-Effekt kannten wir aus verschiedenen vorherigen Erfahrungen im Westen. Wann ist denn die Industrie dort in die strukturschwachen Bereiche Westdeutschlands gewandert – nach Niederbayern, in die Oberpfalz, ins badische Bauland und in die ländlichen Regionen Niedersachsens, Hessens und Schleswig-Holsteins? Als es in den Metropolen und Ballungsräumen keine Arbeitskräfte mehr gab, weil die Konjunktur insgesamt so gut lief. Dann wurden in den strukturschwachen Regionen nicht nur verlängerte Werkbänke installiert, es wurden auch eigenständige Unternehmen und Unternehmensteile errichtet.

Diese Erfahrungen hätten dafür gesprochen, den Einigungsboom, der sich in den hohen Wachstumsraten von 5,7 und 5 Prozent ankündigte, zu stützen und zu fördern. Stattdessen hat man ihn abgebrochen. Die Bundesbank hat zu dieser unsinnigen Tat ihren wichtigen „Beitrag“ geleistet. Sie steht dennoch außerhalb jeglicher Kritik. Seltsam.

Das wesentlich von Sozialdemokraten geprägte Stabilitäts- und Wachstumsgesetz verpflichtet die Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik darauf, sich sowohl um stabile Preise als auch um Beschäftigung zu kümmern. Um letzteres scheren sich die Bundesbanker und die heute Zuständigen bei der Europäischen Zentralbank offenbar nicht. Es ist an der Zeit, dass sich die Politik darum kümmert.

Die beste Methode für den Aufbau Ost ist ein neuer Boom. Selbst wenn er im Westen begänne, würde es gleichzeitig an manchen Stellen Ostdeutschlands boomen, und dann würden auch andere Teile mitgezogen. Das würde keine 14 Jahre dauern. Eine richtige Konjunktur- und Wachstumspolitik für ganz Deutschland und für die europäische Union durchzusetzen wäre trotz aller großen Schwierigkeiten um vieles leichter und unbürokratischer als die jetzt diskutierten Eingriffe. ■